

II-3862 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates
XIV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 1930/J

1978 -06- 15

A N F R A G E

der Abgeordneten DEUTSCHMANN, Suppan, Dr. Emacora
und Genossen

an den Bundesminister für Justiz

betreffend Niederschlagung des Strafverfahrens in der Ange-
legenheit des Raubes der Wahlurne in Zell/Pfarre
am 14.11.1976

Der Wiener Zeitung vom 29.4.1978 ist zu entnehmen, daß Bundespräsident Dr. Kirchschräger auf Antrag des Justizministers die Einstellung des Strafverfahrens gegen vier Personen, die des Raubes der Wahlurne in Zell/Pfarre anlässlich der geheimen Sprachenerhebung am 14.11.1976 beschuldigt waren, angeordnet hat.

Nach der Meldung der Wiener Zeitung wird dieser Gnadenakt damit begründet, daß "die Beschuldigten in einer Gemeinde herangewachsen sind, deren slowenischsprechende Bürger im Kampf gegen die nationalsozialistische Gewaltherrschaft einen besonders hohen Blutzoll entrichten mußten." Am 29.4.1978 sei es 35 Jahre her, daß nahe Verwandte der Beschuldigten wegen Hochverrats in Wien hingerichtet worden seien.

Es ist nur schwer einsehbar, wie mit dem Hinweis auf die bedauerlichen Ereignisse während der Okkupation Österreichs, die viele Österreicher in und außerhalb Österreichs erleiden

mußten, Straftaten, die 35 Jahre später begangen wurden, gerechtfertigt werden können. Immerhin werden die Angeklagten für schuldig erachtet, die Vollziehung des Volkszählungsgesetzes, im konkreten Fall die Durchführung der geheimen Sprachenerhebung, das von allen drei Parteien als ein wesentlicher Schritt zur Lösung der Volksgruppenfrage beschlossen wurde, sabotiert zu haben. Die Begründung des Antrages, den der Justizminister an den Herrn Bundespräsidenten gerichtet hat, bedarf daher einer näheren Aufklärung.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher an den Bundesminister für Justiz folgende

A n f r a g e :

- 1) Welches sind im einzelnen die Gründe, daß Sie den Antrag auf Niederschlagung des Strafverfahrens an den Bundespräsidenten gestellt haben?
- 2) Wie viele Anträge auf Niederschlagung von Strafverfahren haben Sie in den Jahren 1975, 1976, 1977 und 1978 an den Bundespräsidenten gestellt und um welche Straftatbestände hat es sich dabei gehandelt?
- 3) Welche sind die maßgeblichen Gründe, die Sie in diesen Fällen zu einer Antragstellung auf Niederschlagung an den Bundespräsidenten bewogen haben?
- 4) In wie vielen Fällen hat der Bundespräsident Ihrem Antrag entsprochen?